Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1358. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 304. Sonnabend, 31. Dezember 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 68. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wieder bergauf!

Eine Jahresbilanz und ihre Folgerung.

Eine grundsätzliche Vorbemerkung: Das Jahr 1927 mit seiner zu einem großen Teil wenigstens durchgeführten Rationalisierung der deutschen Wirtschaft, seiner unverkennbaren und nicht abzustreitenden Befestigung des deutschen Staatswesens, seiner merklichen Klärung und Milderung der Parteigegensätze, schließlich auch seiner Konsolidierung der deutschen Außenpolitik war ein Jahr der Wendung eines deutschen Schicksals. Es war das Jahr des größten Tiefstandes einer deutschen Schicksalskurve, zugleich auch der langsame, aber nicht zu verkennende Aufstieg. Ein Aufstieg, der nicht zufälligen Schwankungen der Konjunktur oder der weltpolitischen Lage entsprang, sondern Voraussetzungen, die stabil sind, durch einen gradlinigen politischen Kurs und einer allgemeinen Erkenntnis der eisernen Notwendigkeiten gestützt und vorgezeichnet.

Diese günstige Bilanz des Jahres 1927 setzt sich zusammen durch eine große Reihe von kleinen und großen Aktivposten, die alle zu erwähnen nicht notwendig ist. Alldieweilen sie alle nur Ergebnisse, Erzeugnisse, Folgerungen eines großen, sich rücksichtslos und unaufhaltsam durchkämpfenden Gesetzes waren. Der Produktionsaufschwung der deutschen Wirtschaft, ihre unverkennbare Entwicklung, den Standard von 1913 teilweise sogar überbietend, die Konsolidierung und Erweiterung der Grundlage des Staates, das Ineinanderlaufen der einzelnen Parteianschauungen und schließlich auch Parteiinteressen in den Weg einer allgemein gültigen deutschen Erkenntnis — das alles sind Symptome eines innerlichen und äußerlichen Gesundungsprozesses, der zwar erst in seinem Anfangsstadium sich befindet, aber ohne jeden Zweifel und jedem objektiv Prüfenden erkennbar begonnen hat. Wir wollen einige Zahlen und Tatsachen benennen, die man als solche Symptome der Gesundung und eines deutschen Aufstieges bewerten kann: Vor Jahresfrist, also im Januar 1927, erreichte die Ziffer der deutschen Erwerbslosen ihren Höchststand mit 1,8 Millionen. Bis vor zwei Monaten, also im November 1927, sank diese Zahl auf 350 000 zurück. Zwar machte sich dann wieder eine gewisse Aufwärtsbewegung bemerkbar (Anfang Dezember 600 000). Aber diese Tatsache berechtigt zu keinerlei Befürchtungen, da sie Gründen einer vorübergehenden Konjunkturschwankung entsprang. Wenn wir die innerpolitische Lage des Jahres 1927 einer kritischen Prüfung unterziehen, so wird es bei einer sachlichen Betrachtung der einzelnen Ereignisse nicht schwer fallen, das wichtigste und auch entscheidendste Vorkommnis des Jahres herauszufinden. Dieses neue grundlegende und die innerpolitische Lage befestigende Ereignis war die letzte Regierungsbildung mit Einschluß der Deutschnationalen Volkspartei. Es wäre falsch, lediglich die Regierungsbildung selbst, d. h. den Eintritt der deutschnationalen Minister in das Reichskabinett, als den wichtigsten Faktor zu bewerten. Das Neue, die politische Situation Befestigende war auch das innere Bekenntnis dieser bis dahin dem heutigen Staate gegenüber sich in Opposition befindlichen Partei zur Struktur dieses Staates. Wohl nahmen die Deutschnationalen schon in den Vorjahren an einer Bildung der Regierung teil. Aber diese Bereitschaft zu einer Mitverantwortung war damals nicht gleichbedeutend mit einem Aufgeben ihrer grundsätzlichen Verneinung der Weimarer Verfassung, somit der Republik. Wenn sie in diesem Jahr ans Verneinern zu Bejahern wurden, so nicht deshalb, weil sie einen Irrtum erkannten oder parteitaktischen Erwägungen Raum geben wollten, sondern nur, weil sie dem Volksganzen dienen wollten, d. h. die Einheit und die Schicksalsverbundenheit des deutschen Volkes als wichtiger ansahen, denn die äußere Verfassung, die eine Mehrheit dieses Volkes sich erwählte. Die heute abseits der Regierung stehenden Parteien können der heutigen Koalition noch so vieles zum Vorwurf machen und noch so große Bedenken hegen, sie werden, wenn sie ehrlich sind, doch zugeben müssen, daß die Mitverantwortung einer ehemals grundsätzlich oppositionell gesinnten Partei an den Geschicken der von ihnen geschaffenen deutschen Republik ein Faktor ist, der alle Befürchtungen eindämmen muß. Die heutige Koalition ist gewiß nicht für alle Zeiten ein festgeschlossenes Ganzes. Aber sie hat zumindesten durch ihre Einstellung zum Kurs unserer Auslandspolitik das eine gelehrt, daß Parteianschauungen, auch wenn sie noch so kritisch den gegebenen Situationen sich gegenüberstellen, nichts mehr an der eisernen Linie und der Zwangsläufigkeit unserer Außenpolitik verändern können.

Der innerpolitischen Befestigung des deutschen Staatswesens steht eine wesentlich günstigere Position Deutschlands in der Reihe der Weltmächte gegenüber. Wohl ist zuzugeben, daß unsere Teilnahme an den Arbeiten des Völkerbundes den in Locarno eingeschlagenen Weg noch wenig geebnet und sichtbar gemacht hat. Die Front unserer ehemaligen Ententegegner steht auch heute noch genau so geschlossen da wie in den Vorjahren. Aber wer objektiv bleiben kann, dem wird sich doch eine gewisse Helle am politischen Horizont unserer Weltlage nicht verschließen, wird erkennen, daß, wenn auch nicht die Gesinnung einer Verständigungsbereitschaft, so doch ganz bestimmte eherne wirtschaftliche Gesetze und Erkenntnisse das vorbereiten, was unsere Politik noch nicht vermag und die Politik einzelner Ententegroßmächte gerne verhindern möchte. Das Reparationsproblem ist im Laufe des ganzen Jahres 1927 kaum aus der Lage der abgeschlossenen Pakte geschoben worden. Die Denkschrift Parker Gilberts noch kurz vor Jahresschluß zeigte jedoch, daß auch dort, wo man bis jetzt nur Vorteile des Dawesplans und seiner Deutschland auferlegten Verpflichtungen sah, eine etwas nüchternere und mehr den hinzu

Das Urteil der Neutralen zur Kriegsschuldfrage.

vdz. **Berlin.** In aller Stille hat schon seit dem Jahre 1919 eine norwegische Kommission von Gelehrten des Völkerrechts sich mit der Kriegsschuldfrage beschäftigt und versucht, durch eine Umfrage bei Völkerrechtslehrern der neutralen Staaten ein objektives Urteil zu gewinnen.

Das Ergebnis dieser Arbeit liegt jetzt vor in einem Werk, das den Titel führt „Neutrale Komitees und Gelehrte über die Kriegsschuld. Antworten auf zwei Fragen des Senators Robert L. Owen U. S. A. Herausgegeben von der Neutralen Kommission Norwegens zur Untersuchung der Kriegsschuld. Oslo 1927."

Das Werk, das die Antworten auf die Umfrage der Kommission widergibt, ist zunächst in deutscher Sprache herausgegeben worden; eine französische und eine englische Ausgabe sollen demnächst folgen.

Die Fragen des amerikanischen Senators Robert L. Owen lauten: 1. Gründen sich die Friedensverträge, die den Weltkrieg abschlossen, in ihren wichtigen Punkten auf die Voraussetzung, daß eine Machtgruppe die alleinige Verantwortung für den Krieg trägt, während die andere Gruppe gar keine solche Verantwortung hat? — Diese Frage ist von sämtlichen befragten Gelehrten bejaht worden.

Die zweite Frage lautet: „Wenn das der Fall ist, stimmt diese Voraussetzung mit den jetzt vorliegenden Tatsachen derart überein, daß das Gewissen der Menschheit die Friedensverträge ruhig hinnehmen darf als eine gerechte Bestrafung der für den Krieg einzig Verantwortlichen?"

In den Antworten auf diese Frage nehmen alle befragten Gelehrten mehr oder minder nachdrücklich den Standpunkt ein, daß die Friedensverträge im Widerspruch zu den in der zivilisierten Welt anerkannten Rechtsgrundsätzen stehen. In den meisten Antworten wird ausgeführt, daß die Entscheidung in den Friedensverträgen nur vom Machtstandpunkt der Sieger aus diktiert worden sei.

Die Rechtsgelehrten, die zu diesem Urteil gekommen sind, sind Professor C. A. Steinmetz-Amsterdam, General C. H. Snijders-Haag, der verstorbene holländische Premierminister A. P. de Savornin Lohmann, Professor Zürcher-Zürich, Professor Bächtold-Basel, Oberst Immenhäuser-Bern, Dr. Oehler-Zürich, die Völkerrechtsgelehrten der Universität Helsingfors Brotherus, Brich, Crohns, Granfelt, vom schwedischen Reichsgericht die Richter Odstedt, Cederskiöld, Hasselrot, Spens, und der Gelehrte Tolf-Stockholm, aus Norwegen Dr. Aall, Professor Gjelsvik und A. C. Drolsum.

Journal und die Kriegsschuldenfrage.

Paris, 30. 12. Der Außenpolitiker des Journal beschäftigt sich unter Bezugnahme auf die Nachricht des Newyork Herald betreffend die **Möglichkeit einer gleichzeitigen Prüfung der Revision der Reparationszahlungen und der interalliierten Schulden mit beiden Problemen.**

Er schreibt, **wenn man von dem rein rechtlichen Standpunkt in beiden Fällen absieht, dann kommt man zu der Feststellung, daß der Betrag der deutschen Entschädigung sich nicht mehr auf 132 Milliarden Goldmark beläuft, weil dieser Betrag eine absolute Unmöglichkeit geworden ist.** Eine Entschädigung von 132 Milliarden Goldmark würde schon allein für die Zahlungen der Zinsen Jahresbeträge von 6,5 Milliarden zur Voraussetzung haben. Die normale Entschädigung nach dem Dawes-Plan betrage 2,5 Milliarden Goldmark. **Den Betrag von 132 Milliarden wird Deutschland also niemals zahlen können, seine Schuld wird vielmehr ständig wachsen.** Der Widerspruch zwischen der tatsächlichen und der rechtlichen Lage ist nicht weniger auffallend für die Frage der interalliierten Schulden. Wenn rechtlich diese Schulden unabhängig sind von den Reparationen, so sind die Schuldenzahlungen doch abhängig von der Zahlungsfähigkeit des Schuldners und diese Zahlungsfähigkeit wechselt je nach dem, was Deutschland zahlen wird. Es besteht also eine unlösbare Verbindung zwischen den beiden Regelungen. Die Nachprüfung ist unvermeidlich, und zwar um so mehr, als die von den Vereinigten Staaten angenommene Art für die Regelung der Schulden ein Verstoß gegen die Gesetze der Wirtschaft ist. Zur gegenwärtigen Stunde hat Amerika Gold im Ueberfluß und braucht Abnehmer für seine Waren. Nach dem Verfahren zur Regelung der Schulden können aber die Schuldner ihm nur Gold, das Amerika schon im Ueberfluß hat, oder Waren, die mit den amerikanischen Erzeugnissen in Wettbewerb treten würden, überlassen. All das ist also nicht aufrecht zu erhalten. Eines schönen Tages wird man zu einer vernunftgemäßen Beurteilung gelangen. Die vernünftigen Kreise in den Vereinigten Staaten begreifen das sehr wohl und suchen daher auf ihre Regierung einen Druck auszuüben. So ist die Nachricht des Newyork Herald zu erklären.

Ein Neujahrsinterview Briands.

* **Paris.** (TeL) Der **französische Außenminister Briand** gewährte dem Pariser Vertreter der „British United Preß" ein Interview, indem er sich **sehr hoffnungsvoll hinsichtlich der fortschreitenden Friedensversicherung im Jahre 1928 aussprach.** In erster Linie hofft Briand, daß das neue Jahr den Abschluß eines französisch-amerikanischen Paktes bringen werde, der jede Kriegsmöglichkeit zwischen beiden Ländern endgültig beseitigen würde. Der Abschluß dieses Paktes wäre nach Briands Ansicht das bedeutendste Instrument, das bisher zur Sicherung des Friedens abgeschlossen worden sei. Eine Ausdehnung des Paktes auf andere Nationen sei durchaus möglich. Was das abgelaufene Jahr anlange, so habe es eine weitere Verminderung der Spanne gebracht, die die verschiedenen Kontinente insbesondere Europa und die Neue Welt von einander trenne. Der Fortschritt in der geistigen Annäherung der Völker Amerikas und Frankreichs sei so groß, daß die Hoffnung berechtigt erscheine, daß es nicht mehr lange dauern würde, bis ein Freundschaftspakt zwischen beiden Völkern abgeschlossen werden könne.

Auf die Fragen übergehend, die den Frieden im Jahre 1927 bedroht hätten oder doch bedrohen hätten können, betont der französische Außenminister, daß China der Konflikt zwischen Litauen und Polen und die Spannung zwischen Frankreich und Italien hierbei im Vordergrund gestanden hätten. Im Verlauf des Jahres 1927 hätten verschiedene Probleme, die zum Teil recht alt seien, ein Stadium erreicht, indem sie dringend einer Lösung bedurft hätten, noch bedürften. Die Schwierigkeiten im fernen Osten, die die ganze Zivilisation zu zerstören in der Lage hätten sein können, hätten einer Entwicklung Platz gemacht, die im Endeffekt sicherlich pazifistisch sei. Im Norden Europas habe sich der Verständigungsgeist in einem Konflikt bewährt, der nahezu unlösbar geschienen habe. Ueberall gäbe es sonnige Regionen, die allerdings hin und wieder durch einzelne Wolken verdüstert würden. Die Atmosphäre sei aber im ganzen wesentlich besser. Er vertraue, daß das neue Jahr eine weitere Entwicklung des internationalen Geistes und eine Verbesserung der Methoden der Schiedsgerichtsbarkeit und der Organisation des Friedens bringen werde.

Die Neujahrsempfänge beim Reichspräsidenten.

vdz. **Berlin.** Am Neujahrstage um 12 Uhr mittags wird Reichspräsident von Hindenburg in üblicher Weise das Diplomatische Korps im Präsidentenpalais empfangen, auf dessen Ehrenhof eine Ehrenwache in feldmarschmäßiger Uniform Aufstellung nimmt. An dem Empfang werden voraussichtlich der Reichskanzler, der Reichsaußenminister, Staatssekretär v. Schubert und Staatssekretär Dr. Meißner teilnehmen. Die Glückwünsche des Diplomatischen Korps wird Nuntius Pacelli dem Reichspräsidenten übermitteln. — Um 1 Uhr folgt der Empfang der Reichsregierung, bei dem der Reichskanzler eine kurze Glückwunsch-Ansprache halten wird. In seiner Antwort wird der Reichspräsident betonen, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstags die Erledigung der schwebenden großen Gesetzentwürfe wünschenswert sei. Mit einem Erlaß des Reichspräsidenten an das deutsche Volk zum Jahreswechsel ist diesmal nicht zu rechnen.

Lohnkämpfe im kommenden Jahr.

* **Berlin.** (TeL) **Mit dem 31. Dezember laufen in sehr vielen deutschen Industrien Hunderte von Tarifen ab, über deren Erneuerung zu Beginn des kommenden Jahres verhandelt werden muß.**

In der Metall-, Holz- und in der chemischen Industrie müssen Mitte Januar und Anfang Februar Beratungen über die Lohnhöhe geführt werden. 35 Tarife sind für den 31. Dezember gekündigt worden und 41 für Anfang Februar. Auch für das deutsche Baugewerbe, für das in diesem Jahre nach langen Verhandlungen eine allgemeine Lohnregelung getroffen worden war, muß in den nächsten Monaten ein neuer Tarif geschaffen werden. Die Arbeiter der Reichspost und die staatlichen Arbeiter werden Anfang des Jahres die Abkommen kündigen. Im Mittelpunkt des Interesses dürften die Forderungen der Eisenbahner stehen, da der jetzige Vertrag Ende März abläuft. Hier sind nicht nur die Löhne zu regeln, sondern auch die Fragen über soziale Vergünstigungen. Hier dürften die Verhandlungen schwierig werden, da die Arbeiter nur noch kurzfristige Tarifverträge bis zu sechs Monaten abschließen wollen. Für Berlin werden Lohnverhandlungen in der Brauindustrie und im Verkehrsgewerbe im Februar beginnen.